

Amer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeiger und die Anzeigen der Postämter entgegen. — Erscheint wochentlich. — Preis 50 Pf. — Anschlag Nr. 53.

Redaktionsadresse: Die Anzeiger des Erzgebirges, Postfach 10, Leipzig, Nr. 1000. — Telefon: 1000. — Telegrafisch: 1000.

Leitung: Leopold Auer. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Nr. 1000

Nr. 265

Donnerstag, den 13. November 1924

19. Jahrgang

Baldwins Programm.

Welt jeder ist in England Brauch, daß der Premierminister bei dem Lordmajor-Bankett, das alljährlich aus Anlaß der Einsetzung des Londoner Bürgermeisters in der Guildhall abgehalten wird, eine große programmatische Rede hält. Die Reden, unter denen sich dieser feierliche Akt vollzieht, sind noch ganz mittelalterlich und wideln sich unter Entfaltung eines großen historischen Pompes ab. Die ganze Vorliebe des Engländers für altüberkommene Formen zeigt sich bei dieser Gelegenheit in besonders anschaulicher Weise. Ein großer Umzug geht durch die Stadt mit Herolden und Bannerträgern und glänzenden Staatskarossen, und auch die Feierlichkeit im Rathaus vollzieht sich unter den hergebrachten alten Formen. Was hätte nach unseren kontinentalen Begriffen näher gelegen, als wenn der neue konservative Ministerpräsident Baldwin in seiner Rede an diese alten Traditionen angeknüpft und nun ein ausgeprochen konservatives, d. h. das Alte erhaltendes und neu belebendes Programm entwickelt hätte. Nichts davon ist geschehen! Im Gegenteil, Baldwin betont in seiner Rede an mehreren Stellen und mit besonderem Nachdruck, daß das Ziel seiner Regierung keineswegs der Stillstand oder die Stagnation sei und von einer Wiederbelebung des Dahingegangenen ist überhaupt nicht einmal die Rede. Das Land hat sich für geordneten Fortschritt erklärt, so legt Baldwin das Ergebnis der englischen Wahlen aus und dementsprechend gestaltet er sein Regierungsprogramm. Schrittweise Bestrebungen kommen für England überhaupt nicht in Betracht, der Weg, den die neue Regierung gehen will, führt nach vornwärts und entspricht dem, was wir in Deutschland die „mittlere Linie“ zu nennen pflegen.

Am stärksten macht sich der Unterschied gegen die Politik seines Vorgängers Macdonald in dem innerpolitischen Programm bemerkbar. So, wenn er betont, daß die Erleichterung der Lage der großen Masse der Bevölkerung hauptsächlich von ihr selbst besorgt werden müsse. Das ist eine klare Aussage an die staatssozialistischen Bestrebungen der Arbeiterregierung, die diese allerdings in keinem Punkte verwirklichen konnte, weil sie keine Mehrheit im Parlament hinter sich hatte. Aber auch Baldwin betont, daß die Regierung unter Beibehaltung des bisherigen Wirtschaftssystems alles mögliche tun werde, um die sozialen Zustände und die Lage der großen Masse zu verbessern. Im einzelnen kündigt er Maßnahmen zur Befreiung der Wohnungsnot und zur Verringerung der Spanne zwischen den Gestehungskosten der Lebensmittel und den Kleinhandelspreisen an.

In der Außenpolitik ist der Unterschied des konservativen Programms zu demjenigen der Arbeiterpartei wesentlich geringer. Es ist vor allen Dingen die Verschiedenheit der Methode, die Baldwin von seinem Vorgänger trennt, während er in den Zielen mit diesem fast überall übereinstimmt. Entsprechend ihrem imperialistischen Charakter ist die konservative Regierung in erster Linie bemüht, das Land, das das Mutterland mit den Dominions verknüpft, und das sich unter der Arbeiterregierung infolge einiger Meinungsverschiedenheiten etwas gelockert hatte, wieder enger zu knüpfen. Die Vorrangstellung der Dominions und die Reichsverteidigung sollen stärker berücksichtigt werden. Auch in der Frage des Genfer Protokolls über Sicherheit und Abrüstung soll der Standpunkt der Dominions besser gewahrt werden. Das Ziel der konservativen Politik geht offenbar dahin, die Abrüstungsfrage, zu der auch sie eine positive Stellung einnimmt, nicht durch den Völkerbund, sondern durch eine Konferenz, die von den Vereinigten Staaten einberufen werden soll, regeln zu lassen. Ueberhaupt wird man sich in Zukunft auf ein besonders enges Zusammenarbeiten zwischen England und Amerika gefaßt machen müssen.

Das besagt aber nicht, daß die englische Regierung den Völkerbund nun als eine erledigte Angelegenheit betrachtet. Baldwin betont vielmehr in seiner Rede wiederholt die große Bedeutung dieser Einrichtung und spricht den Wunsch aus, daß Deutschland möglichst bald und in einer Form, die mit seiner eigenen Würde und seinen Verpflichtungen vereinbar sei, in den Völkerbund aufgenommen werde. Hiermit kommen wir zu denjenigen Fragen, die uns Deutsche besonders nahe angehen, nämlich zu den Beziehungen Baldwins über sein Verhältnis zu Frankreich und Deutschland. Die außerordentlich warmen Worte, die er an den französischen Ministerpräsidenten Herriot richtete, werden gewiß auf der anderen Seite des Kanals nicht ohne Eindruck bleiben. Die französischen Nationalisten, die infolge des Umschwungs in England schon eine günstigere Konjunktur für Poincaré heraufsteigen sahen, sind aufs Schmerzlichste enttäuscht.

Nicht besser geht es unseren deutschen Reaktionen, die ja schon in allen Verhandlungen dem deutschen Völker das englische Beispiel vorzuführen pflegen. Der

englische Premierminister erteilt in seiner Rede den deutschen Reaktionen eine Absage, wie sie nicht deutlicher sein kann. Er betont die hohe Bedeutung der Londoner Abmachungen und widmet in diesem Zusammenhang auch seinem Vorgänger Macdonald Worte der Anerkennung. Er spricht die Ueberzeugung aus, daß das Londoner Abkommen Deutschland die Möglichkeit gebe, ein Faktor des Friedens und der Stabilität in Europa zu werden. Er betont aber mit Nachdruck, daß die Verwirklichung dieser Hoffnung von dem deutschen Volke selbst abhängt. Eine neue Gelegenheit bietet sich den Deutschen, wenn sie gewissenhaft ihre Verpflichtungen erfüllen.

In der Richtung dieser Politik liegt auch, daß Baldwin die Notwendigkeit der Entwaflung Deutschlands betont, aber dabei verlangt, daß sie ohne unbilligen Verzug beendet werde. Damit zerrinnen alle jene Phantasien in wehenloses Nichts, die in reaktionären Kreisen an den Wahlausfall in England geknüpft wurden. Die Politik der konservativen englischen Regierung bietet nicht die geringste Grundlage für eine im deutschnationalen Sinne abgeänderten deutsche Außenpolitik. Auch die neue englische Regierung erstrebt nichts anderes, als eine Befestigung des Friedens in Europa und in der Welt und denkt garnicht daran, irgendwelchen deutschnationalen Abenteuer Vorschub zu leisten. Deutschland wird auch mit der neuen englischen Regierung nur zu einem erträglichen Zusammenarbeiten kommen, wenn es unbedeutend an der bisher verfolgten Politik der Mitte festhält.

Die Eröffnung des englischen Parlaments. London, 11. November. Gestern Abend hat der Ministerpräsident eine Proklamation unterzeichnet, die den Zusammentritt des Parlaments, der ursprünglich auf den nächsten Dienstag in Aussicht genommen war, auf den 2. Dezember festsetzt. An diesem Tage wird die Vereidigung der Mitglieder und die Wahl des Sprechers vorgenommen werden. In gut unterrichteten Kreisen ist man der Ansicht, daß die Verlesung der Thronrede am 9. Dezember erfolgt, an die sich die große Debatte über die politische Lage anschließen wird.

Die Belastung der deutschen Industrie.

Berlin, 10. Nov. Zur Durchführung der bereits gesetzlich geregelten Reparationsbelastung der deutschen Industrie sind jetzt durch Verordnung der Reichsregierung die ersten Bestimmungen erlassen worden. Sie beziehen sich lediglich auf die Frage der Belastung, nicht aber auf die Ausbringung, die bekanntlich nach ganz anderen Gesichtspunkten erfolgt und durch besondere Gesetz geregelt worden ist.

Ausgenommen von der Belastung sind neben der Landwirtschaft und einigen Zweigen des Verkehrsgewerbes sowie den Bank- und Versicherungsbetrieben namentlich auch das Musik-, Theater- und Schaustellergewerbe, ferner mehrfachen Forderungen entsprechende Gesellschaften, die in eigenen Geschäftsbetrieben lediglich Anteile an Erwerbsgesellschaften besitzen. Bei verpacketen Unternehmen wird der Eigentümer zu einem Viertel belastet, der Pächter zu drei Vierteln. Streitigkeiten entscheidet eine Schiedsstelle.

Falls der Hauptbetrieb belastet ist, gelten auch nicht belastungsfähige Nebenbetriebe, mit Ausnahme der Landwirtschaft, als belastet. Dagegen sind an sich belastungsfähige Nebenbetriebe frei, wenn der Hauptbetrieb Landwirtschaft ist. Zu den anderen belastungsfähigen Branchen macht ein belastungsfähiger Nebenbetrieb den ganzen Betrieb belastungspflichtig. Bei Einzelunternehmungen (auch Personalgemeinschaften) wird das zur Vermögenssteuer veranlagte Betriebsvermögen zugrunde gelegt. Das Betriebsvermögen von Ehegatten wird zusammengerechnet.

Befreit sind, wie bereits bekannt, Unternehmungen mit weniger als 50 000 Mark Betriebsvermögen, wobei eventuell mehrere Betriebe zusammengelegt werden. Zuständig für die Umlegung der Lasten sind die örtlichen Finanzämter, die einen Belastungsbescheid ausstellen. Im Falle der Nichtunterzeichnung erfolgt die Unterschrift durch die Vorsteher des Finanzamtes. Für die Nachprüfung ist ein Sekretär des Reichsfinanzhofes zuständig. Das Jahr, in dem die Einzelobligationen noch unberücksichtigt sind, beginnt am 1. September 1924.

Italien gibt deutsches Eigentum frei.

Rom, 11. Nov. Die italienische Regierung teilte dem Botschafter des Deutschen Reiches, Herrn v. Neurath, durch eine Note vom 10. November mit, daß sie unter Wiederholung ihrer früheren mündlichen Zusage Zustimmung erteilt, von dem ihr durch § 18, Teil 2, Anhang 2 des Friedens von Versailles gewährten Recht bezüglich des deutschen Privateigentums keinen Gebrauch zu machen.

Neuregelung der Beamtenbesoldung.

Berlin, 11. November. In der Frage der Neuregelung der Beamtenbesoldung wird die Entscheidung des Reichsfinanzministeriums erst fallen, wenn vorher eine Verständigung mit den Regierungen der Länder erreicht worden ist. Die Vertreter der Landesregierungen werden voraussichtlich schon in dieser Woche in Berlin eintreffen. Erst dann wird — frühestens in der nächsten Woche — die Reichsregierung die Spitzenorganisationen der Beamten zu Besprechungen einladen.

Der Verwaltungsrat der Reichsbahn wird am 18. November zu einer Sitzung zusammengetreten, die sich mit dem bisherigen Ergebnis der Lohnverhandlungen mit den Eisenbahnarbeitern beschäftigen soll. Wie wir hören, werden in den nächsten Tagen auch die Beamtenorganisationen der Reichsbahn beim Reichsfinanzministerium wegen einer Gehaltserhöhung vorstellig werden.

9 Prozent Lohnzulage für die Eisenbahner. Berlin, 11. November. Dem „Vorwärts“ zufolge tritt voraussichtlich mit dem 1. Dezember d. J. der tarifliche Zustand bei der Reichsbahn wieder ein. Alle Lohngruppen erhalten eine gleichmäßige Lohnerhöhung von 9 Prozent mit der Maßgabe, daß die Mindestzulage 4 Pfennig pro Stunde betragen muß. An die Stelle der 10tägigen Lohnzahlung tritt wieder die wöchentliche.

Streik bei der Berliner Untergrundbahn. Berlin, 11. Nov. Das Betriebspersonal der Berliner Hoch- und Untergrundbahn ist heute in den Streik getreten, und der Fahrbetrieb liegt still. Gearbeitet wird nur in den Werkstätten. Etwa 1800 Mann stehen im Streik. Nach langen Lohnverhandlungen hatte der Schlichter einen Schiedspruch gefällt, den die Direktion und die Handwerker und Werkstättenarbeiter angenommen haben, den aber die Betriebsangeestellten ablehnten. Da die Direktion mit Berufung auf den als verbindlich erklärten Schiedspruch ein weiteres Verhandeln ablehnte, hielt das Betriebspersonal heute nach einer Versammlung ab, die beschloß, sofort in den Streik zu treten.

Der Berliner Gasarbeiterstreik vermieden. Berlin, 11. Nov. Da der Schiedspruch über die Lohnregelung bei der Berliner Gasbetriebsgesellschaft für verbindlich erklärt wurde, ist die Lohnbewegung bei der Gesellschaft beendet und ein Streik vermieden.

Die Neuregelung des Achtstundentags.

Die bevorstehende Verordnung des Reichsarbeitsministers. Fern, 11. Nov. Zur Frage der Durchführung des Achtstundentages in Deutschland meldet das „Genfer Journal“, offenbar aus Kreisen des Internationalen Arbeitsamtes, man habe den Eindruck, daß sich die Frage der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag in Deutschland der Entscheidung nähere. Minister Brauns sei zurzeit mit der Ausarbeitung einer Verordnung beschäftigt, die in dieser Hinsicht diejenige vom vergangenen Dezember abändere. Sie setze fest, daß der Achtstundentag in gewissen genau bezeichneten Arbeitsstätten zur Durchführung gelange, daß aber seine Anwendung nicht schematisch sei, sondern gewisse Ausnahmen zulässig sein sollen.

Vorstehende Meldung wird von maßgebender Seite im wesentlichen bestätigt.

Ausführliche Verhandlungen über einen großen amerikanischen Kommunalkredit.

Die vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband nach Neuport entsandten Vertreter sind von ihrer mit Kenntnis der Ausschichtbehörde ausgeführten Reise nach Deutschland zurückgekehrt. Diese Reise hatte den Zweck, die amerikanische Bankwelt über das Wesen und die Aufgaben der deutschen Sparkassen- und Giroorganisation zu unterrichten und neben der Anknüpfung allgemeiner Geschäftsbeziehungen die Frage zu klären, ob und unter welchen Voraussetzungen es möglich wäre, amerikanisches Kapital für die Wirtschaft der deutschen Kommunalverbände flüssig zu machen. Die Verhandlungen sind zwar noch nicht abgeschlossen und erklärlicherweise vertraulichen Charakters, eröffnen aber immerhin schon jetzt Aussicht darauf, daß das Ziel in absehbarer Zeit erreicht wird. Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß der Deutsche Sparkassen- und Giroverband die ganze Angelegenheit auch weiterhin nur in ständiger Fühlungnahme mit den zuständigen Reichs- und Staatsstellen behandeln wird.

Schredensregiment in Spanien.

Madrid, 11. November. Nach dem neuesten Fundspruch ist die Lage in Spanien sehr ernst. Im Norden an der französischen Grenze organisieren sich die Aufständischen. Nach Hinrichtungen in Barcelona wurden in verschiedenen Provinzen Verhaftungen vorgenommen. In Navarra wurden ebenfalls Aufständische gefasst.